

## DAS STRAFGESETZBUCH JOSEPHS II. IN UNGARN

Universitätsdozent DR. LAJOS HAJDU, Budapest

(Beiträge zur Wertung der strafrechtlichen Reformen des Josefinismus)

Der im Jahre 1787 in Kraft getretene Kodex Joseph des II. „Allgemeines Gesetz über Verbrechen und derselben Strafen“ wurde seit seiner Schaffung vor fast 200 Jahren von vielen und auf vielerlei Weise gewertet. Man analysierte die Umstände der Ausarbeitung des Kodexes, die sich im Gesetzbuch widerspiegelnden Elemente der Persönlichkeit des Herrschers, man würdigte die innere Proportion der Rechtsnormen, den Wert der einzelnen rechtstechnischen Lösungen (die Vor- und Nachteile). Man legte auch auf die Waage, welche Entwicklung die *Sanctio Criminalis* Josephina im Verhältnis zu ihrer Vorgängerin (der *Constitutio Criminalis Theresiana*) aufweist und man könnte vor einigen Jahren das Erscheinen einer Monographie begrüßen, die — mit Hilfe der rechtsvergleichenden Methode — die Werte des Strafgesetzbuches von Joseph II. im Vergleich mit den progressiven wissenschaftlichen und politischen Ideen dieser Epoche, wie auch mit ähnlichen Gesetzen anderer aufgeklärten Herrscher untersucht und würdigt.<sup>1</sup> Die *Sanctio Criminalis* Josephina verdient ja die Aufmerksamkeit der Rechtswissenschaft: sie ist eine bedeutende Station der mitteleuropäischen Strafrechtsentwicklung, die durch Abschaffung der Todesstrafe, das Verbot der Analogie und durch zahlreiche andere Dispositionen unter den Dokumenten der allgemeinen Rechtskultur mit Recht einen hervorragenden Platz einnimmt.

Die bisherigen wissenschaftlichen Wertungen sind aber von einem Standpunkt aus lückenhaft, die einzelnen Verfasser bewerten folgende Fragen ziemlich stiefmütterlich: Wie hat sich der Kodex in der Praxis bewährt? Welche Probleme bedeutete der Umstand, dass Joseph der II. das materielle Strafrecht des ganzen Reiches einheitlich gestaltete, wo doch die wirtschaftlich-gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung der einzelnen Länder an verschiedenen Stufen stand? Bestanden überall die zur Durchführung der Reform notwendigen objektiven und subjektiven Bedingungen? Stand die strafrechtliche Reform mit anderen (z.B. Verwaltungsreformen) in Einklang? Bestanden solche gesellschafts-politischen Kräfte, auf die sich der Herrscher bei der Durchführung seiner Konzeption verlassen konnte? In dieser Studie möchte ich auf diese Fragen eine Antwort geben. Bei der Beantwortung habe ich nur die Lage des

zeitgenössischen Ungarn (der Länder der ungarischen Krone) in Betracht gezogen, halte dies aber umsomehr für meine Pflicht, als in der deutschen Literatur die irrige Anschauung vorkommt, dass sich der Geltungsbereich des Strafgesetzbuches von Joseph II. auf Ungarn und Siebenbürgen nicht erstreckt hat.<sup>2</sup> In dieser kurzen Studie konnte ich natürlich die Frage nicht ausführlich analysieren, nicht auf jedes wesentliche Problem hinweisen, dies würde die Aufgabe einer grösseren, sich auf alle wesentlichen Reformen des Josefinismus bezüglichen Arbeit bilden.

1. An der Ausarbeitung des josefinischen Kodexes „Allgemeines Gesetzbuch über Verbrechen und derselben Strafen“ hat kein einziges Mitglied der ungarischen staatlichen Führungsorgane (Kanzlei, Obergerichte und des Guberniums von Siebenbürgen) teilgenommen, deshalb war der Beschluss Josephs des II. vom 14. Januar 1787 für die ungarische Kanzlei eine Überraschung, mit welchem Beschluss die Kanzlei angewiesen wurde, „dass sie das Gesetzbuch sogleich allhier in die lateinische Sprache übersetzen und drucken lassen“ solle.<sup>3</sup> Die Kanzlei – obwohl sie nicht zum ersten Mal in diese Lage geriet – fand es merkwürdig, dass ihr in einer so wichtigen, die wertvollen Sphären der menschlichen Lebensverhältnisse betreffenden und die Landesverfassung gleichfalls bedeutend berührenden Frage nur eine so untergeordnete Aufgabe erteilt wurde, weshalb sie („um die höchste Willensmeinung nicht zu verfehlen“) in einer Unterbreitung um Aufklärung hat, ob es nicht ihre Aufgabe sei, einen Vorschlag bezüglich der Adaptation des Kodexes unter Einbeziehung der Landesobergerichte (Septemviraltafel, Königliche Tafel) einzubringen. Der Herrscher behob – in seiner jetzt schon klarer konzipierten Resolution – jedes Missverständnis: das Manuskript der deutschsprachigen Version des Kodexes sei bereits in der Druckerei, „da aber ein lateinischer Aufsatz hievon für Hungarn und Siebenbürgen nothwendig ist“, müsse die Übersetzung je eher stattfinden und der Druck möglichst schnell besorgt werden. Er verfügte auch, dass, wenn die lateinische Übersetzung vollendet sei, diese mit dem deutschen Original verglichen werde (unter Einbeziehung des Hofrates von Keess, der in der Ausarbeitung des Kodexes eine bedeutende Rolle gespielt hatte, weil er „in dieser Sache die Feder geführt hat“), danach sei unverzüglich der Druck zu besorgen um „somit dieses Gesetz in Hungarn und in Siebenbürgen zur Ausübung zu bringen“. In der grundlegenden Frage – der Durchführung der Adaptation – blieb der Herrscher unbeugsam: „In Ansehung der Fundamental-Gesetze von Hungarn kann hierin kein Bedenken obwalten, da *Verbrechen und Verbrecher überall gleiche Strafen und nach gleichen Grundsätzen überkommen müssen*.“<sup>4</sup> Die einzige „meritorische“ Aufgabe der Kanzlei blieb also die Übersetzung des Kodexes, aber im Laufe der Vergleichung mit Keess wurde der Kanzlei eine neuere erniedrigende Überraschung zuteil. Es stellte sich nämlich heraus, dass diese Arbeit vollkommen überflüssig und sinnlos war, denn Joseph II. hatte die lateinische Übersetzung – teils für Galizien, teils für den Gebrauch der Länder mit italienischen Einwohnern – schon durch einen Wiener Buchzensor (den Abt Szekeres) vornehmen lassen. Der Entscheidung des Herrschers entsprechend ge-



langte in Ungarn und Siebenbürgen die Übersetzung von Szekeres zur Veröffentlichung (nach der Meinung von Keess war zwischen beiden Übersetzungen kein Unterschied), und so wurde gelegentlich der Schaffung eines wichtigen Kodexes der aus vorzüglichen Kräften bestehenden und der Durchführung der Reformen aufrichtig dienenden Kanzlei nicht einmal die Rolle zuteil, dass sie für die Übersetzung des Gesetzbuches Sorge tragen konnte. Nach diesen Vorereignissen gelangte die inkraftsetzende Verordnung mit dem 22. März 1787 zur Veröffentlichung.<sup>5</sup>

2. Wie fügte sich die Wirklichkeit der Konzeption des Herrschers (laut der „Verbrecher und Verbrechen überall gleiche Strafen und nach gleichen Grundsätzen überkommen müssen“)? Welcher Meinung waren in dieser wichtigen Frage die ungarischen Anhänger und Vorkämpfer der Reformen? Der Unterschied zeigt sich am auffallendsten bei der Wertung des Strafsystems des Kodexes. Laut einer der grundlegenden Verfügungen der *Sanctio Criminalis Josephina* konnte der Strafrichter fast über alle Täter — eine in zwei Abstufungen und je 3 Graden konkret (in verhältnismässig breiten Rahmen) bestimmte — Freiheitsstrafe verhängen, andere Straftaten durfte er nicht anwenden, er hatte im gesetzlichen Rahmen zu bleiben. In dieser Zeitperiode waren aber in Ungarn die notwendigen (objektiven) Bedingungen für eine so radikale Änderung des Strafsystems nicht vorhanden. Die Besiedlung der von der anderthalb Jahrhundert dauernden Türkenherrschaft kaum seit 75 Jahren befreiten und fast vollkommen unbewohnten Gebiete war noch nicht vollzogen, ein grosser Teil der Komitate besass keinen Sitz, die Anzahl und Grösse der Gefängnisse in der Provinz entsprach dem Strafsystem, bzw. der Strafverfahrenspraxis aus der Zeit vor der Thronbesteigung Josephs II., konnte aber überhaupt nicht den Anforderungen des josefinistischen Strafgesetzbuches entsprechen. Bis 1780 beruhte das Strafsystem in Ungarn auf zwei Grundpfeilern: der Todesstrafe und der Leibesstrafe; die primäre Bestimmung der Gefängnisse zu dieser Zeit war also, dass sich „die Verbrecher — bis über sie das Endurtheil gefällt wird, unter einer sicheren Verwahrung befinden.“<sup>6</sup> Ein Verdächtigter war also — wenigstens im Verhältnis zur josefinistischen Praxis — nur so lange im Gefängnis, bis der Richter das Urteil verkündete — deshalb nahmen sie im allgemeinen an öffentlichen Arbeiten nicht teil, und auch die innere Ordnung der Gefängnisse diente als bestimmtem Ziel der sicheren Verwahrung. Mit der Thronbesteigung Josephs II. — und hauptsächlich mit dem Inkrafttreten des Strafgesetzbuches in Ungarn — änderte sich diese Lage von Grund auf; das Gefängnis wurde aus einer Institution des Strafverfahrens zum Ort des Strafvollzugs, und die Zahl der verurteilten Sträflinge wuchs aufs Mehrfache der Häftlinge. Deshalb (wie auch wegen der „Sparsamkeit“ Josephs II. betreffs Verminderung des bewaffneten Personalstandes in den Komitaten) wurde nicht nur die Unterbringung der Verurteilten, sondern auch ihre Verwahrung ausserordentlich schwer: häufig waren Ausbrüche, die Erhaltungskosten stiegen (Verpflegung, Kleidung, usw.), bald musste der Personalstand der Wachmannschaft erhöhte werden, deren Arbeit auch dadurch problematisch wurde, dass es unvergleichbar

schwerer war die öffentliche Arbeiten verrichtenden verurteilten Sträflinge zu bewachen als die Häftlinge, die im Gefängnis auf ihr noch unsicheres Urteil warteten. Zur Überbrückung der Schwierigkeiten wurden zwar Lösungsvorschläge gemacht (z.B. dass die Verurteilten im Gefängnis arbeiten sollen, hier sollen sie Wolle kämmen und spinnen), diese Vorschläge waren aber unter den bestehenden Verhältnissen unausführbar. In den meisten Gefängnissen, die durch die grossen Massen der Verurteilten überfüllt wurden, war zur Aufstellung solcher Manufakturen nicht genügend Platz, aber diese Lösung hätte auch für den Staat grosse finanzielle Lasten bedeutet, der weder für die Beschaffung des Rohmaterials, noch für die Ausrüstung der Manufakturen, aber auch nicht für die Erweiterung der Gefängnisse oder für die Aufstellung neuer, den Anforderungen entsprechender Zuchthäuser genügend materielle Mittel besass.<sup>7</sup> Die Lage wurde dadurch erschwert, dass aufgrund der Entscheidung des Herrschers die von den Militärgerichten zu Kerkerstrafen verurteilten Soldaten den Komitaten zwecks Bewachung übergeben wurden, andererseits weil nach Entzug des Jus gladii auch die Gefängnisse der Gutsbesitzer aufgelöst wurden: demzufolge ergab sich, dass während früher für die ansonsten auch niedrigere Anzahl von Häftlingen innerhalb eines Komitates mehrere Gefängnisse zur Verfügung standen, nach dem Inkrafttreten der Sanctio Criminalis Josephina die aufs Mehrfache gestiegene Anzahl der Sträflinge ganz in den Komitatsgefängnissen untergebracht werden mussten. So kam „aus Mangel der gehörigen Anordnung die Absicht der Gesetze nicht zur Geltung“, und wegen Verschiedenheit der Gefängnisse ist „derjenige, der bloss durch den einstweiligen Verlust seiner Freyheit hätte gestrafet werden sollen, durch die — aus dem Mangel des gehörigen Raumes nothwendig eintretenden — Krankheiten vor der Zeit gestorben“.<sup>8</sup> Woanders hingegen entsprach die mit Pflichtarbeit und Freiheitsverlust verbundene Bestrafung (gerade wegen Mangel an Arbeitsmöglichkeiten oder weil die geleistete Arbeit nicht entsprechend war), den Vorstellungen des Gesetzgebers nicht. So erfordert laut Meinung der Kanzlei „die Menschlichkeit und die Erfüllung der Strafgesetze“ in gleicher Weise eine Änderung des Strafsystems. Einen ähnlichen Standpunkt nahm die Septemviraltafel ein (die die Rolle der Obersten Justizstelle in Ungarn innehatte): „Heilig sind die Gründe (die Willkür des Richters verbannen; zwischen den politischen und Criminalverbrechen eine Grenzlinie ziehen, auch jedes Verbrechen mit verhältnismässiger Strafe belegen“), die Tafel selbst erkennt es als ihre Pflicht an der Verwirklichung dieser Ziele zu dienen, aber ihre Meinung geht dahin, dass man für sämtliche Länder des Herrschers — weder bezüglich des materiellen noch des prozessualen Rechts — die gleichen Strafgesetze in Kraft setzen kann. Die geschichtliche Entwicklung, die gegenwärtige Lage, die kulturellen und rechtlichen Traditionen der einzelnen Länder weichen voneinander gleichermassen ab, und diese Abweichungen müssen sich auch in den strafrechtlichen Normen widerspiegeln. Der Verwirklichung der heiligen Zielsetzungen des Herrschers muss in jedem Lande mit anderen (den konkreten Verhältnissen entsprechenden) Mitteln gedient werden. „Wir fühlen wie



schwer es ist, diesen Zweig der Gesetzgebung zu bestimmen, und wir sehen, dass auch die grössten Männer aller Zeiten und Völker darüber ihre Unvermögenheit frei gestanden, und selbe entweder nur obenhin, oder gar nicht berührt haben. Soviel scheint aber die Geschichte der Völker zu bestätigen, dass es fast *nicht möglich sey, für mehrere Völker, die unter verschiedenen Himmel, Strich, Sitten, Nahrungswesen und in ungleicher Civil-Freyheit leben, gleiche Gesetze zu geben und Strafen zu verhängen.*“ Der Endvorschlag lautet: Es möge sich aus den Mitgliedern der Königlichen Curie (der beiden Obergerichte, der Septemviral- und der Königlichen Tafel) eine Kommission bilden, die die Sanctio Criminalis Josephina den ungarischen Verhältnissen entsprechend adaptiert.<sup>9</sup> Die Resolution Josephs II. ist auch in diesem Falle zurückweisend: „Der Antrag, das neue Strafgesetzbuch zum Gebrauch der hungarischen Lande durch die Septemviral- und Königliche Tafel adaptieren zu lassen, findet bey dem Umstande, *wo solches schon lange im Lande publiziert worden*, nicht statt. Wohl aber können alle jene Anstände, so bey diesem Straf- oder einem andern Gesetz der Septemviraltafel oder der Kanzley auffallen, der Kompilationskommission mitgetheilt werden, damit selbe ihre nähere Untersuchung einverständlich mit ihr Kanzley behoben, oder allenfalls die nöthigen Erläuterungen unter Einholung Meiner Genehmigung ertheilet werden möge.“<sup>10</sup> Es besteht jetzt keine Möglichkeit zu untersuchen, welche Gründe Joseph II. ausser den Uniformierungsbestrebungen dazu bewogen haben, die Hofskompilationskommission zum Revisionsforum der ungarischen Dikasterien zu machen (wir werden in einigen rechtlichen, bzw. rechtspolitischen Fragen ohnehin noch analysieren, welchen Standpunkt diese Organe eingenommen haben). Offensichtlich konnte man es von der über ansonsten ausgezeichnete Qualitäten verfügenden Kompilationskommission nicht erwarten, dass sie realer als die ungarischen Dikasterien beurteilen könne: ob die einzelnen strafrechtlichen Normen die Realisierung der Zielsetzungen in Ungarn fördern ob sie bei der Einwohnerschaft bzw. bei der die Normen anwendenden Beamtengarde keine negative Wirkung auslösen. Bemerkenswert ist hier in der Resolution des Herrschers die Tatsache, dass er — während er sich vor anderthalb Jahren vor der Adaption des Kodexes aus prinzipiellen Gründen verschlossen hatte — jetzt seine Ohren und Augen vor den negativen Erfahrungen der praktischen Anwendung aus formellen Argumenten verschloss. Der Entschluss der Herrschers sanktionierte übrigens nur eine Praxis, die schon seit Beginn 1787 bestand: seit diesem Zeitpunkt an war es nämlich öfters vorgekommen, dass die Hof-Compilations-Commission (deren wichtigste Aufgabe die Uniformisierung des Rechts im Habsburgerreich war) des öfteren der Kanzlei die Beschlüsse des Herrschers „übermittelte“, laut deren das eine oder andere (für die österreichischen Erblande ausgearbeitete) Gesetz auch in Ungarn publiziert werden sollte. (So geschach es, dass zufälligerweise Graf Sinzendorf — der Präsident der Kompilationskommission — dem Grafen Károly Pálffy die für die österreichischen Verwaltungsorgane herausgegebene „Instruction über die Anstrengung einer Inquisition, Aburtheilung und

Strafvollziehung wider einen eines politischen Verbrechens Beschuldigten“ – zuschickte, also im wesentlichen jenes Verfahrensgesetz, dem die Verwaltungsorgane im Falle von administrativen Vergehen, die im noch nicht herausgegebenen Kodex für materielles Recht bestimmt worden waren, Folge zu leisten hatten.)<sup>11</sup> Die Hof-Kompilationskommission war aber keine vorgesetzte Behörde der ungarischen Kanzlei. Demzufolge fühlten sich die Kanzleiräte durch diese Gesten des Herrschers – d.h. dass er der ihm treu ergebenden Kanzlei die Aufgaben nicht selbst mitgeteilt hatte – zu schöpferischer Arbeit, zu aufrichtiger Meinungsbildung eben nicht angespornt. Diese widerrechtliche Praxis dauerte bis zum Mai 1788, erst dann wurde die Kompilations-Kommission aufgrund des Beschlusses des Herrschers durch zwei ungarische Kanzlei-Räte ergänzt, die den Standpunkt der ungarischen Dikasterien in den das ganze Reich berührenden Gesetzgebungsfragen – prinzipiell – zur Geltung bringen konnten.<sup>12</sup>

3. Was war der Grund dafür, dass der Herrscher in zahlreichen wichtigen Gesetzgebungsfragen die in der Mehrheit durch ihn selbst gewählten und ernannten Kanzlei-Mitglieder vollkommen übergab? In erster Linie der Umstand, dass seine Meinung von der der Kanzlei, betreffs der Aufgaben der bedeutendsten ungarischen Hofdikasterien, vollkommen abwich. Nach Auffassung der Kanzlei (und dies zeigte sich auch in der jahrhundertelangen Praxis) bestand die grundlegende Aufgabe dieses Organs darin, – dass sie – da sie die Lage des Landes, die Bewegung der in der Gesellschaft wirkenden Kräfte gründlich kannte – dem Herrscher bei der Durchführung *sämtlicher* staatlichen Aufgaben in Ungarn Hilfe leistet. Die Kanzlei gibt also Informationen über die Lage des Landes (bzw. über ein wichtiges staatliches Wirkungsgebiet), unterbreitet Vorschläge zur Entscheidung, gibt die entsprechenden Verordnungen zur Durchführung des Beschlusses heraus und kontrolliert auch die Qualität der Durchführung. Nach dieser Auffassung ist also die Kanzlei eine Werkstatt schöpferischer Arbeit. Natürlich muss sie im Laufe der Durchführung ihrer Aufgaben die Landesinteressen im Auge behalten, denn – wie die geschichtlichen Erfahrungen beweisen – schafft eine Divergenz der Interessen sowohl für die Dynastie als auch für das Land eine gefährliche Lage, die nur durch kluge (gegenseitige) Konzessionen abgewendet werden kann. Deshalb ist es eine ihrer grundlegenden Pflichten (die ihr auch in der Instruktion vorgeschrieben wird), dass sie „in Fällen, wo ihr etwas Gesetzwidriges aufgetragen wird, ihre allerunterthänigste Vorstellung zu machen“. Wenn sie also dem Herrscher auch öfters „Unannehmlichkeiten bereitet“, geschieht dies nicht darum, weil „sie sich berechtigt geglaubt hätte im Namen des Landes Vorstellungen zu machen, sondern weil sie (es) für ihre unverbrüchliche Pflicht hält bey allen Fälle, wo sie sich äussern soll, ihr aus innerer Überzeugung hergeholtes Gutachten in aller Unterwürfigkeit, aber ohne Rücksicht und mit aller Freymüthigkeit zu äussern, gleichwie sie, wenn der allerhöchste Befehl für unabweichlich erklärt wird, auf die Befolgung desselben, ohne sich die mindesten Ausflüchte zu erlauben, ihr ganzes Augenmerk richtet.“<sup>13</sup> Aber nicht nur die



Kanzlei hielt ein solches Beamtenbenehmen für sich verpflichtend, auch die Leiter der übrigen Landesdikasterien und auch die überwiegende Mehrheit der im Jahre 1785 ernannten Bezirks-Obergespanne (königliche Kommissare). József Ürményi (der Obergespan des Bezirks Nyitra) z.B. fleht in seinen auch Studien entsprechenden Unterbreitungen den Herrscher förmlich an, die Realitäten in Betracht zu ziehen; wenn er schon wirklich Reformen durchführen wolle — möge er auf die Wirklichkeit bauen. Wenn aber Seine Majestät diese verzweifelten Unterbreitungen ausser Acht lasse, „so kommen mir dermalen mehrere Beweggründe nicht mehr“ — schreibt auch Ürményi. Und er fügt hinzu: in diesem Falle wird sich die Erfolglosigkeit der Reformen „wenn auch nicht im Anfang, doch in der Zeitfolge am besten beweisen.“<sup>14</sup>

Seit November 1784 aber waren die Warnungen und die Mahnungen vergeblich, die Resolutionen in Beantwortung der verschiedenen Unterbreitungen wiederholen refrainartig wiederkehrend: „Ich halte meinen Entschluss aufrecht“; „Ich bestehe auf meinem Beschluss“ und in ähnlichem Styl konzipierte, allerhöchste Beschlüsse ohne jede Begründung. Ein anderer Charakterzug dieser Resolutionen ist der belehrende Ton, das Ironisieren, das manchmal die Ehrlichkeit der von ihm selbst gewählten leitenden Beamten in Zweifel zieht. Dieses Benehmen des Herrschers (bei dessen Entstehen es zweifellos eine Rolle gespielt hat, dass die Kanzlei bei der Durchführung der Reformen auf dem Anschein der Gesetzlichkeit bestand) vergiftete die Atmosphäre, und sicherte überhaupt nicht, dass die durch oft aufsprühende Einfälle des Herrschers entstandenen Vorstellungen in die Wirklichkeit übertragen werden können. „Die Ungarische Kanzley kann nicht anders vorstellen als Expedienten, die auf den Vollzug der königlichen Befehle wachen“, den übrigen Hofdikasterien gleichend ist die Kanzlei „nur der Handlanger des Landesfürsten“.<sup>15</sup> In der Vorstellung des Herrschers sind die Aufgaben der Kanzlei im Zusammenhang mit der Justiz bzw. der Gesetzgebung ausserordentlich eng: „Ihre einzigen Geschäfte in diesem Fache müssen sich lediglich auf folgende Gegenstände einschränken, ob bey allen Justizstellen richtig gehandelt wird, was nach dem einzureichenden Statu Justitiae aufgearbeitet worden, und was noch sowohl in Criminali als Civili unerlediget erliegen geblieben.“<sup>16</sup> In einer anderen Resolution (als die Kanzlei alle Gebiete ihrer tatsächlichen Arbeit kartographisch aufnahm, und in einem Punkt auch das erklärte, welche richterlichen Mandate sie auf Grund der Entscheidung des Herrschers ausgibt und was deren Bedeutung ist) nahm Joseph II. ähnlicher Weise Stellung: „Da die Kanzley künftig keine Justizstelle mehr vorzustellen haben wird, so soll sie auch sich allen diesen beneficiorum — oder besser zu sagen maleficiorum — Juris losmachen und derley Expeditionen an die Septemviraltafel oder Tabulam Regiam abgeben.“<sup>17</sup>

Im ungleichen Kampf gibt schliesslich die Kanzlei nach, sie hält in Wirklichkeit nur mehr das Expedieren für ihre Aufgabe, und unterlässt auch oft, auf die irrige Entscheidung oder deren Undurchführbarkeit hinzuweisen. Dies geschah — unter anderem — auch in der Frage der

völligen Trennung der administrativen und Justizaufgaben. Laut Josephs II. ernstlichem und „unabänderlichem“ Entschluss musste nämlich die Separation auch in Ungarn durchgeführt werden, so dass „die sämtlichen Komitatsbeamten, welche so wie die königlichen Commissarii lediglich in politicis et cameralibus verwendet werden, mit dem Justizfach gar nichts zu thun haben müssen.“<sup>18</sup> Nach langem und erfolglosem Kampf, nach Zurückweisung zahlreicher alleruntertänigster Noten erhielt schliesslich die Statthalterei obigem Beschluss entsprechende Verfügungen, von dort die Komitate, bzw. die bevorrechteten Bezirke. Die ständig wirkenden Komitatsgerichte versahen die Jurisdiktion in Straf- und Zivilsachen, Aufgabe der Komitatsverwaltung wurde aber, die ständig anwachsenden – der Vorstellung nach ausserordentlich modernen – administrativen Tätigkeiten rasch und auf hohem Niveau zu versehen. Auch bei der Festsetzung des Personalstandes diente als Grundprinzip, dass „das Politicum von dem Juridico vollkommen getrennet seyn und folglich die politischen Comitatsbeamten in das juristische Fach gar keinen Einfluss haben sollen.“<sup>19</sup> Es stellt sich aber bald heraus, dass das Leben den Resolutionen Josephs II. keine Folge leistete: es gibt gewisse juristische Aufgaben, die erledigt werden *müssen*, die aber die Angestellten der Gerichtshöfe in den Komitaten unfähig sind zu versehen. Personen, die verdächtig sind, eine Strafhandlung begangen zu haben, müssen in Verwahrung genommen werden, man muss sie verhören, die Aussagen der Augen- und Ohrenzeugen müssen protokollarisch aufgenommen werden, die weiteren (objektiven) Beweise müssen gesichert werden, kurz: irgendein staatliches Organ muss die kriminalpolizeilichen (Justiz-) Aufgaben versehen. Es war nichts anderes zu machen, man musste den „unabänderlichen Beschluss“ des Herrschers schnellstens ändern: die justizpolizeilichen Aufgaben verblieben im Wirkungskreis der Verwaltungsorgane, neben den Stuhlrichtern fungierten auch weiterhin die Komitats-Geschworenen, die Kontrolle des Patrimonialgerichtes blieb Pflicht der Stuhlrichter, die Verwaltungsbeamten spielten sogar bei der Vollziehung des Urteils (besonders bei Zivilsachen) unverändert eine Rolle. Dieses Hin- und Her (die mit grosser Entschiedenheit herausgegebene – aber nicht genügend durchdachte Anordnung, darauf die fast sofortige Änderung) erhöhte weder die Moral der Verwaltungsbeamten, noch das Herrscher-Ansehen Josephs II. Dies alles hätte vermieden werden können, wenn der Herrscher seine Kanzlei als eine Stütze betrachtet hätte, und die Kanzleiräte dieses wichtigsten ungarischen Hoforgans, die grosse Erfahrung, europäischen Gesichtskreis und die Tugenden von Staatsmännern besaßen, durch seine Ironie und sein misstrauisches und manches mal die Grenze des Eigensinns überschreitendes Benehmen nicht bis aufs Blut beleidigt hätte.

Ähnlich verfuhr Joseph II. auch in der anderen grundlegenden, auf die Kriminalität wirkenden Frage, bei der Feststellung des Mannschaftsstandes der Komitatshusaren und Hajduken (also bei der in engerem Sinne genommenen Gewaltsorganisation der adeligen Communitas). Trotz des allgemeinen Protestes verminderte der Herrscher den Mannschafts-



stand der Komitatshusaren und Hajduken in grossem Masse, davon ausgehend, dass die Aufgabe der Husaren in erster Linie der Aufrechterhaltung der Verbindung der Verwaltungsorgane (Beamten), im Versehen des Kurierdienstes besteht; während es Aufgabe der Hajduken ist, die gefangenen Personen, bzw. die verurteilten Sträflinge zu bewachen. Es blieb aber eine offene Frage, wer sich mit der Fahndung, Verfolgung und Festnahme der kriminellen Elemente beschäftigen soll, wenn die Komitatshusaren Kuriere und die Hajduken nur Gefängniswächter sind. Dem Militär konnte so eine *ständige* Aufgabe nicht anvertraut werden. Nach der den Mannschaftsstand viel stärker „herabsetzenden“ Resolution des Herrschers „wird unter strenger Verantwortung sich von den bisher angenommenen Gebrauche zu enthalten seyn, nach welcher diese Komitatshusaren mehr zu Privatdiensten der Komitatsbeamten und zur Aufwartung in ihrem Vorzimmer verwendet worden sind.“<sup>20</sup> Diese Meinung, die sicher auf konkreter Erfahrung beruhte, aber verallgemeinert wurde und so nur subjektiven Wert hatte, brachte schwere Folgen mit sich: die Kriminalität nahm in ausserordentlichem Masse zu, weshalb nicht nur der Mannschaftsstand der Komitatshusaren ständig erhöht werden, sondern in einzelnen Gegenden des Landes effektive Kampfoperationen durchgeführt werden, und starke Militäreinheiten eingesetzt werden mussten, um die allgemeine Sicherheit aufs neue irgendwie zu festigen. Ürményi musste gar nicht bis zur späteren Zukunft darauf warten, dass die voluntaristischen (und oft auf subjektivem Urteil beruhenden) Beschlüsse des Herrschers „reife Früchte“ bringen. In all diesem Ereignissen (genau so wie unter den Umständen des Inkrafttretens des Strafgesetzbuches) spielte der Umstand eine entscheidende Rolle, dass die Kanzlei sich oft wirklich nur als Expedienten betrachte, ihre meritorischen Aufgaben konnte sie — infolge der menschlich verständlichen deprimierenden Wirkung der vielen Insulte und wegen der Aussichtslosigkeit des häufigen Windmühlenkampfes — nicht restlos versehen.

Das veränderte Verhalten der Kanzlei tritt am besten bei der Durchführung des Kontrollbeschlusses der Gerichtshöfe zu Tage. Joseph II. teilte dem Kanzler Gr. Pálffy am 25. Februar 1788 seinen folgenden allerhöchsten Beschluss mit: „Um in Ungarn die neue Einrichtung im Justizfache zur gehörigen Consistenz zu bringen, und da Mir bekannt, dass noch circa formam besonders verschiedene Gebrechen obwalten — so will Ich, dass künftige Sommer hindurch die gleich Anfangs als nothwendig festgesetzte Visitierung gesammter Behörden unausbleiblich vor sich gehe und werde Ich zu diesem Ende von hier ein *Individuum pro Commissario* bestimmen, um diese Untersuchung sowohl bey der Septemviral- als bey der Königlichen Tafel vorzunehmen.“ Mit dem gleichen Beschluss ernannte Joseph II. den Grafen József Brunszvik (den Vizepräsidenten der Septemviraltafel, einen der ungarischen Staatsmänner dieser Epoche, der den weitesten Gesichtskreis besass), dass er diese Revision an den fünf Bezirkstafeln durchführe und gleichzeitig die durch ihn zu wählenden geschickteren Richter zur Durchführung der Kontrolle der Komitatsgerichtshöfe nach einheitlichen Gesichtspunkten vorbe-

reite.<sup>21</sup> Die Kanzlei trat die notwendigen Vorkehrungen und erwartete in Stille, dass der Herrscher die mit der Kontrolle der Septemviraltafel betraute Person ernenne. Nur Mitte Juni – als die Präsidenten der ungarischen Obergerichte auf Urlaub gehen wollten – erinnerte die Kanzlei Joseph II. mit Ehrfurcht daran, dass er den Kommissar noch immer nicht ernannt habe. Der Herrscher liess sich vom Zorn übernommen: „So geht es immer, wenn man eine Sache nicht haben will und sich nicht in den Sinn des Befehles hineinzudenken bemüht, wo man sich alsdann blos an Wörter bindet, welche die gute Absicht ganz vereiteln. So handelte es sich hier bey Ernennung eines Kommissars hauptsächlich darum, dass man sich der eingeführten Ordnung bey den Gerichtsstellen versichere. Es war also gleich gültig, ob dieser oder jener dahin abgeschickt werde und da Ich ihn nicht ernannte: so überliess Ich dessen Bestimmung den Chefs, die sich doch sonst mit Ausübung solcher Autoritäts-Züge gerne abgeben, wenn es Gegenstände betrifft, die ihnen angenehm sind.“ Er gab seine Zustimmung dazu, dass Kanzleirat József Nagy (seit 1795 Personalis, Präsident der Königlichen Tafel) die Kontrolle durchführe, auch dem stimmte er bei, dass sie sich nur auf die Septemviraltafel beschränke, konnte sich aber nicht enthalten neuerdings zu sticheln: „... muss ihm dabei eingebunden werden, dass er mit allem Ernst vorgehe und sich nicht etwa mit Komplimenten gegen die Excellenciás Uraim (Herren Exzellenzen) abgebe, sondern ohne persönliche Rücksicht da Ausstellungen mache, wo er eine mit Grund zu machen findet.“<sup>22</sup> Hier bemängelte der Herrscher das Fehlen der Selbsttätigkeit, andere konkrete Fälle dagegen beweisen, dass die Selbsttätigkeit, die schöpferische Arbeit, nicht immer anerkannt wurde; so ist es vollkommen zu verstehen, dass die verwirrte und gedemütigte Kanzlei – trotz anderer Überzeugung – sich an Worte und Buchstaben hielt. Dies geschah auch gelegentlich des Inkrafttretens der *Sanctio Criminalis Josephina*.

4. Bei der Anwendung des josefinistischen Strafgesetzbuches in Ungarn bedeutete vor allem der Zeitpunkt des Inkrafttretens das erste Problem, bzw. (bezüglich des Zeitpunkte der begangenen Strafhandlung) auf wen es sich bezieht. Dem inkraftsetzenden Patent nach: „von dem Tage der Kundmachung dasselbe unseren Unterthanen, Criminalrichtern und den zu Erhaltung, Zucht, Ordnung und Sicherheit bestimmten politischen Behörden zur alleinigen Richtschnur dienen soll.“ Aber, ist eine Verwaltungs- und Justizmaschine die mehrere 1000 Mitglieder zählt, fähig, sich einen verhältnismässig umfangreichen, neuartigen und das gesamte materielle Recht umfassenden Kodex *auf einen Schlag* anzueignen und auch in der Praxis einheitlich, den Intentionen entsprechend anzuwenden? Darf man den Zeitpunkt des Inkrafttretens eines so grundlegend wichtigen Kodexes von der geographischen Entfernung, den Strassenverhältnissen und den Pfützen bestimmen lassen (infolge dessen das eine Komitat die Verordnung früher, das andere später erhält)? Wenn das Strafgesetzbuch auch den Untertanen (Staatsbürgern) zur Richtschnur dienen soll, müsste man da nicht eine minimale Frist gewähren, damit diese die wichtigsten Verordnungen des Kodexes kennenlernen können?



In diesem Falle: wäre es vom Standpunkt der Angelegenheit nicht zweckentsprechender, wenn das Gesetzbuch *amtlich* in die Sprachen der innerhalb des Landes lebenden verschiedenen Völker übersetzt würde und der Gesetzgeber nicht vollkommen den Beamten überlassen würde, was und wie aus dem lateinischen oder deutschen Text des Gesetzes übersetzt und auf welche Weise dies der Einwohnerschaft bekanntgegeben wird? Die Statthalterei stimmte dem sofortigen Inkrafttreten nicht zu, seine Meinung war, dass Eile und die Unvorbereitetheit viele Probleme verursachen werden, und brachte deshalb den Vorschlag, den Kodex mit dem 1. August 1787 inkrafttreten zu lassen. Die Kanzlei aber hielt es für überflüssig, das Ansuchen der Statthalterei dem Herrscher zu unterbreiten und wies den Staathalter-Präsident — indem sie sich (aus den im Vorstehenden bereits genannten Gründen) auf einen formellen Standpunkt stellte — in einer Präsidialverordnung an, die Verordnung des Herrschers einzuhalten. Den vorgeschlagenen Zeitpunkt fand die Kanzlei darum nicht für entsprechend, weil — die Argumentation ist sehr bezeichnend! — „andurch die Erfüllung der allerhöchsten Gesinnung (vermöge welcher dessen Beobachtung ehestens hewirket werden soll) zu weit hinausgesetzt würde.“<sup>23</sup> Es ist überflüssig zu bemerken, dass die Statthalterei in dieser Frage in vollem Masse recht hatte.

Das andere Problem im Zusammenhang mit dem zeitlichen Inkrafttreten war der Umstand, dass der Kodex nach den Vorschriften des inkraftsetzenden Patenten in den Strafsachen solcher Personen hätte angewendet werden müssen, die — unabhängig vom Zeitpunkt des Begehens ihres Verbrechens — nach Inkraftsetzung des Strafgesetzbuches vor Gericht gestellt wurden. Die Ansichten der Septemviraltafel (und der Kanzlei) stiessen in einer konkreten Angelegenheit mit denen der den Standpunkt des Herrschers starr verteidigenden Hof-Compilations-Commission zusammen, und wir können frei behaupten, dass das Humanum und der Fortschritt in dieser Auseinandersetzung *nicht* von den Apologeten des Kodexes vertreten worden sind. Das Wesentliche der Sache: ein Apotheker aus Versec fälschte eine Arznei und wollte den die Untersuchung führenden Richter bestechen, aber — beide strafbaren Handlungen beging er *vor* dem Inkrafttreten der Sanctio Criminalis Josephina. Die Septemviraltafel — von der progressiven These ausgehend — dass „ein jedes Gesetz nur auf die künftigen Fälle anwendbar ist“ — meinte, dass in einem solchen Falle ein dem Angeklagten günstigeres Gesetz angewendet werden müsse, und gab in diesem Sinne eine prinzipielle Direktive an *alle* Gerichtshöfe heraus, verständigte aber auch die Kanzlei davon. (Zweifelloso hatte sie zur Herausgabe einer prinzipiellen Direktive — als höchstes ungarisches Führungsorgan in Justizangelegenheiten — volles Recht.) Die Sache kam schliesslich vor die Hof-Compilations-Commission. Die Kommission stellte fest, dass das von der Septemviraltafel angenommene Prinzip mit den Buchstaben des inkraftsetzenden Patenten in Widerspruch stehe, laut dessen „alle nach dieser Kundmachung eingebrachten Verbrechen nach diesem Gesetz abzuurtheilen müssen.“ Die Compilations-Commission erläutert ausführlich in ihrer

Stellungnahme (die Gr. Sinzendorf unterschrieben hat) das Wesen dieser Disposition und begründet ihren mit der Humanität schwer zur vereinbarenden Standpunkt damit, dass viele Probleme entstünden, wenn der Strafrichter „durch mehrere Jahre bald nach diesem, bald nach jenem Gesetze richten solle.“ Diese Lösung würde nur dazu dienen, dass der Richter die Begriffe verwechseln würde und so wäre es schwer zu erreichen, dass „er sich die neuen Gesetze so vollends eigen machen werde, wie es die Ordnung fordert.“ Der Meinung der Commission nach „bliebe es“ bei wechselndem Gebrauch der Gesetze „ungewiss, wie sich der Richter zu benehmen habe, da müsste beinahe von Fall zu Fall eine besondere Richtschnur gegeben werden.“ Auch Sinzendorf erkennt an, dass in 1–2 Fällen wegen späterer Inhaftnahme (also wesentlich wegen Unzulänglichkeit der behördlichen Tätigkeit) der Angeklagte eine schwerere Bestrafung bekomme, aber „so kommen doch vielen anderen die aufgehobene Todesstrafe, manchen gelindere Strafen, manchen sogar die Verschonung von Zumuthung eines Kriminalverbrechens zustatten“, weshalb nach seiner Beurteilung, das zu Grund gelegte Prinzip „keine Härte enthält“. Die Beweisführung der Compilations-Commission hinkt ziemlich: offensichtlich hätte man von Fall zu Fall keine besondere Richtschnur dort geben müssen, wo die Frage nur deshalb aufgetaucht ist, ob die *alten* (von den Richtern seit Jahrzehnten angewendeten) oder die *neuen* Normen angewendet werden sollten. Die ungarische Richterschaft (deren jedes Mitglied von Joseph II. ernannt worden war) besass zu dieser Zeit eine viel höhere theoretische und praktische Bildung, als dass die humane Lösung dieser Frage für sie irgendeine Schwierigkeit bereitet hätte. Warum hat die Compilationscommission einen solchen Standpunkt eingenommen? Meiner Ansicht nach deshalb, weil sie sich krampfhaft an den folgenden josefinischen Grundsatz geklammert hat: *„Übrigens ist in allen solchen Revolutionen und Veränderungen in Staatsverfassungen nur auf das Universum und nicht auf das Individuelle zu sehen; und es ist unvermeidlich, dass auf eine kurze Zwischenzeit des Übergangs vom alten zum neuen nicht ein oder anderer leide; es wird aber vorübergehende Leiden der Einzelnen durch den Nutzen für das Gesammte aufgewogen.“* Im Zusammenhang mit der Stellungnahme Sinzendorfs bemerkte die Kanzlei ziemlich maliziös, dass auch sie das Vergnügen habe die Bestimmungen des inkraftsetzenden Patenten zu kennen, dennoch meine sie, dass „die geäußerte Wohlmeinung der Septemviraltafel in der natürlichen Billigkeit gegründet (zu) sey(n)“ und diesen Standpunkt könne man nur unterstützen. Der Herrscher nahm in dieser Frage (obwohl er selbst sich in anderen Fällen mit Vorliebe auf die natürliche Billigkeit berufen hat) Sinzendorfs Standpunkt in voller Gänze an: „Es ist sich auch in der Hungarisch- und Siebenbürgischen Landen ... nach den klaren Buchstaben des Gesetzes zu benehmen.“ Die Septemviraltafel aber erhält das „Lob“ für ihre Selbsttätigkeit: „Der Septemviraltafel aber ist auszustellen, dass sie gegen die klare Vorschrift des Gesetzes den unteren Behörden eine anderweitige Belehrung zu ertheilen erkühnet hat, da sie sich genau an die bestehende Vorschrift zu halten, in zweifelhaften Fällen aber meine Belehrung vorläufig ein-



zuholen verpflichtet ist — wornach die Kanzley sie für die Zukunft zu belehren hat“.<sup>24</sup> Nicht viel früher konnten wir sehen: dass sich die Kanzlei an die Buchstaben der Resolution klammerte und nicht genug selbsttätig war; dieser Fall bezeugt aber, dass in anderen Fällen gerade die Selbsttätigkeit das sich Anklammern an die progressiven — und auch vom Herrscher mehr als einmal betonten Prinzipien der Epoche als Fehler bezeichnet wurde. Der gleiche Mund blies also unkonsequenterweise einmal kalt, ein anderes Mal warm, und demzufolge wurde sogar die Gruppe der Intelligenz in Ungarn, die aufrichtig bestrebt war, die aufgeklärten Reformen durchzuführen, unsicher. Aber ein solches Verhalten des Herrschers gewährte auch die Möglichkeit, dass der in seinen Klasseninteressen gedemütigte Adel sich nicht darauf, sondern auf die Unmenschlichkeit und Rückschrittlichkeit der einzelnen Verordnungen berufe, und gegen Joseph II. Stimmung mache.

5. Bei der praktischen Verwendung des Kodexes bereitete jene Vorschrift Schwierigkeit, laut der „der vorgehende Richter verpflichtet ist, dieses Gesetz dem Buchstaben nach zu erfüllen“,<sup>25</sup> er kann also von den im Kodex vorgeschriebenen Strafen weder in pejus, noch in melius abweichen. Diese Verordnung bezog sich in erster Linie auf die Einschränkung der richterlichen Willkür, doch ging der Gesetzgeber zu weit und diese starre Disposition diente nicht nur dem Erreichen des gewünschten Zieles, sondern verhinderte auch ein Abwägen der Umstände nach ihrer Billigkeit. Dafür ein Beispiel: ein Wiener Kaufmann hat mit den Einwohnern der Gemeinden Zagusen und Zsupa (das spätere Zsupánfalva) Wolle nach Pest fuhrwerken lassen. Die Fuhrleute (beinahe alle erwachsenen Mitglieder der männlichen Bevölkerung dieser zwei kleinen Dörfer) haben unterwegs von der Ladung ungefähr 100 Wiener Zentner Wolle gestohlen und die gestohlene Ware bei zwei Kaufleuten (Hehlern) verwertet. In die Sache waren zusammen 71 Personen verwickelt, und nach den starren Bestimmungen der *Sanctio Criminalis* Josephina hätte das Gericht über jeden Verbrecher zumindest 5–8 Jahre Kerkerstrafe verhängen müssen (über viele jedoch 8–12 Jahre). Der Strafgerichtshof von Temesvár erbrachte zwar die den Vorschriften des Gesetzes entsprechenden Urteile, fand es aber unbillig, dass das zweifellos begangene Verbrechen so schwere Folgen nach sich ziehe, und beurteilte die Sache so, dass die verhängten Strafen in keinem Verhältnis zu der Straftat stünden (ungefähr 700 Jahre Freiheitsstrafe wegen 100 Zentner Wolle!), anderseits nötigten sie praktische Probleme, sich im Dienstwege and die *Septemviraltafel* zu wenden. Die Komitatsgefängnisse im Banat (Temesvár, Nagybecskerek, Lugos) waren nämlich mit Verurteilten überfüllt, die verhafteten und verurteilten mussten im Temesvárer deutschen und serbischen Rathaus untergebracht werden, aber es war zu befürchten, dass zur Unterbringung von neueren Verurteilten keinerlei Lösung mehr gefunden werden könne. Auch deshalb war der Temesvárer Strafgerichtshof gezwungen, die Verminderung der Anzahl der Sträflinge vorzuschlagen. Der Gerichtshof selbst durfte von den Vorschriften des Gesetzes nicht abweichen, weil „nach der klaren und ausdrücklichen Vorschrift

des neuen peinlichen Gesetzes jeder Criminal-Richter an die buchstäbliche Beobachtung desselben gebunden ist.“ Nach Meinung der Septemviraltafel sei „der Sturz so vieler Familien (deren Häupter oder auch nur Glieder sich des Diebstahls schuldig gemacht haben), die mit Eurer Majestät weisen Absichten unvereinbarlich...“ die Folge davon wäre aber „für den Staat zwar immer, bey jetzigen Kriegs-Umständen aber höchst schädliche Verödung zweyer Ortschaften“. Wegen der Vorschriften des neuen Strafgesetzbuches — wenn auch auf die Mitschuldigen nur die Strafe des im Kodex vorgeschriebenen Strafrahmens verhängt werden kann — kann man mit solchen Fällen auch in der Zukunft rechnen. Aber es bedeutet auch für die Dörfer eine unerträgliche Belastung, wenn die Steuer — wenn soviel Männer aus der wirtschaftlichen Arbeit ausfallen — die unschuldigen Angehörigen, bezw. die übrigen Einwohner des Dorfes bezahlen müssen. Der Vorschlag der Septemviraltafel lautet: Nur die Haupträdelsführer sollen Kerkerstrafen bekommen, die übrigen wären den Umständen entsprechend mit Leibesstrafen „und mit ähnlichen minderen Strafen exemplarisch zu züchtigen und schleunig abzufertigen“. <sup>26</sup> In diesem konkreten Fall billigte der Herrscher den Vorschlag der Septemviraltafel (und der Kanzlei), das neuerdings wiederholte Adaptationsansuchen wies er aber zurück und verfügte, dass an Stelle einer Generallösung in solchen Fällen immer die Meinung der Hof-Compilations-Commission einzuholen sei. <sup>27</sup>

Ausser den politisch-gesellschaftlichen Problemen des — was die Anzahl der Angeklagten betrifft — Monstre-Prozesses zu nennenden Wolldiebstahle, empfand es die Septemviraltafel für ihre Pflicht, die ihr anvertrauten Aufgaben den Entscheidungen des Herrschers entsprechend gewissenhaft durchzuführen und „die Justizverwaltung zum Wohl des allgemeinen, zum Glück des einzelnen, zu Eurer Majestät Zufriedenheit und des Königreiches Ehre zu lenken.“ Eben deshalb konnte sie sich vor der Aufdeckung der allgemeinen Erfahrungen nicht verschliessen. In ihrer vom Septemvir Imre Beöthy konzipierten Unterbreitung wollte die Septemviraltafel auch auf die Gefühle wirken, demzufolge kann sie nämlich nicht ohne Beklemmung die Straftabellen, jene Urteile, in denen — wegen der Rigidität des Gesetzes — die Gerichtshöfe zu schwere, mit den Strafhandlungen nicht in Einklang stehende Urteile verhängen *mussten*, die „für die Thäter die traurigsten Folgen nach sich ziehen.“ Im Komitat Liptó hat z.B. ein junger Adeliger (den seine Armut dazu trieb, bei einem anderen Adeligen in Dienst zu treten) 5/4 Pressburger Mass Mehl gestohlen (dessen Wert damals 3 Rhénusgulden betrug) „und nunmehr erwartet er zitternd das über ihn zu fallende Urteil des Richters“, das für einen Adeligen nach den Vorschriften der Sanctio Criminalis Josephina „härter als der Tod seyn dürfte.“ Die Septemviraltafel führt jene Fälle an, wo wegen Diebstahl von 2 Mess Wein oder von anderen Objekten von geringem Wert Leute zu schweren Kerkerstrafen, öffentlichen Arbeiten und zum Verlust des Adelsstandes verurteilt worden sind, aber so, dass diese Urteile Befremden hervorriefen und wegen ihrer unangemessenen Schwere die allgemeine Stimmung gegen den Herrscher wende-



ten. Um dies zu vermeiden und zu verhindern, wagt „die ächzende Stimme der getreuesten ungarischen Nation zu Eurer Majestät gerechtestem Thron zu erheben.“<sup>28</sup> Die Bitte blieb ohne Erfolg, die vorzüglich verfasste und gut argumentierte Unterbreitung hatte so viel Erfolg, dass man sich in den einzelnen konkreten Fällen an den Herrscher wenden durfte (durch die entsprechenden Fora), der aufgrund der Angaben, das Urteil aus Billigkeit ändern konnte, für eine institutionelle Abhilfe bestand aber keine Möglichkeit. Dies ist umso bedeutsamer, weil der Herrscher vor wenigen Jahren — im Interesse der Verminderung der überflüssigen Schreiberei — nur Richtlinien aufgestellt hat, die Entscheidung aber in konkreten Angelegenheiten den Beamten überliess.

6. Das dritte grosse Problem bedeutete in den Anwendung des Strafgesetzbuches von Josef II. in Ungarn und Siebenbürgen die Beurteilung der administrativen Vergehen. Die erste Schwierigkeit zeigt sich schon vor der Veröffentlichung des Kodexes (nach der Publikation der für den Fall administrativer Vergehen vorgeschriebenen Instruktionen): welches Organ muss seine Genehmigung dazu geben, dass die über einen politischen Verbrecher verhängte Strafe vollziehbar sei? Laut Originalvorschrift kann die über einen Adligen (oder in königlichem Dienste stehenden Beamten) verhängte Leibesstrafe, Pranger bzw. Abschaffung (relegatio) nur nach Genehmigung der Landestelle vollzogen werden (Instr. § 14.) Die Lage ist die gleiche, wenn der zu den genannten Standeskategorien gehörende Verbrecher zu öffentlicher Arbeit (§ 15) verurteilt wird. Die auf Nicht-Adelige gefällten ähnlichen Urteile muss nach der für die österreichischen Erblande herausgegebenen Instruktion das Kreisamt gutheissen. In der ins Lateinische übersetzten und den ungarischen Komitaten übersandten Variante — man weiss nicht wieso — hätte aber diese Befugnis der Bezirke — Obergespan gehandhabt, obwohl die Komitate in anderen Sachen mit den Kreisen unter die gleiche Beurteilung fielen. Sogleich erhoben sich Proteste: die Bezirksobergespänner wiesen darauf hin, dass in Ungarn die Zahl der mit Leibesstrafen bedrohten Vergehen sehr hoch sei; wenn diese nur mit Genehmigung des Obergespans vollzogen werden können, so müssten die Amsträume „in ordentliche Gerichtsstuben verwandelt werden“. Aber im Falle des Inkraftbleibens dieses Teiles der Verordnung besteht die Gefahr, dass zu viel Zeit zwischen dem Begehen der strafbaren Handlung (bzw. der Inhaftnahme des Schuldigen) und der Durchführung des bestätigten Urteils vergeht und „so würde der Schuldige mit Nachtheil seiner Landwirtschaft in dem Arrest zubringen müssen“. Die Originalverordnung begeisterte begreiflicherweise die administrativen Leiter der Komitate nicht, ebensowenig die Vizegespänner: in den Augen der Komitatsadels waren sie die Verkörperer des Reformsystems Josephs II., sie dienten im gleichen Rang mit den Kreishauptleuten, ihre Auswahl geschah mit besonderer Sorgfalt (nur solche Leute konnten in dieses Amt gelangen „die dem Werk allerdings gewachsen sind“), deshalb fanden sie es mit Recht beschwerlich, dass das Bestätigungsrecht des Urteils, das über einen Nicht-Adligen verhängt wurde, in den Wirkungskreis des Bezirksobergespan gewiesen wurde.<sup>29</sup>

Es musste daher eine rasche Modifikation herausgegeben werden, in deren Sinne dieses Bestätigungsrecht in den Wirkungskreis der Vizegespänner gelangte (im Falle von Nicht-Adeligen).

Eine andere Schwierigkeit bildete die einfache Frage, *welches* Verwaltungsorgan über diejenigen, die die im II. Teil der Sanctio Criminalis Josephina festgestellten strafbaren Handlungen begangen haben, die dort vorgeschriebenen Strafen verhängt? Die vor dem Strafgesetzbuch herausgegebene Instruktion des Verfahrens (die den Verwaltungsorganen vorschrieb, wie sie im Laufe der Untersuchung und Entscheidung von administrativen Vergehen vorzugehen hätten) enthielt für diese Frage keine Verfügung. Nach Herausgabe der Instruktion musste also schnellstens aufs neue eine Verfügung getroffen werden, dass bei Verwaltungsvergehen (weiterhin auch bei Angelegenheiten von Nicht-Adeligen dann, wenn das Urteil auf öffentliche Arbeit, auf eine längere – von 1 Monat bis zu einem Jahr dauernde Freiheitsstrafe lautete, oder auf eine Stockstrafe von über 24 Schlägen) der Vizegespan vorgeht. In allen übrigen Fällen gebührt dieses Recht dem Stuhlrichter, bzw. dem Magistrat einer Marktgemeinde. Letztere Lösung fand bei der Kanzlei auch darum Unterstützung, weil – wenn dem Stuhlrichter die Beurteilung von Verwaltungsvergehen, die mit Leibesstrafen von unter 24 Stockschlägen bedroht sind, zugesprochen wird, so wird der Vizegespan mit weniger Angelegenheiten belastet, man muss nicht „die ohnehin mit anderweiten vielen Amtsgeschäften überhäufte Vizegespanne, mit der Erkenntnis, Beurtheilung und Bestrafung aller noch so geringen politischen Verbrechen noch mehr belasten“. <sup>30</sup> Die Entscheidung ist in diesem Sinne ausgefallen.

Auch in diesem Falle war es die Septemviraltafel, die – ausser der Abschaffung der konkreten Fehler – nicht nur die Mängel der einzelnen Dispositionen beanstandete, sondern auf die Grundprinzipien der Verordnung das Feuer ihrer Kritik richtete: sie erblickte im Verfahren nicht genügende Garantie für den Schutz der persönlichen Rechte, zur Verhinderung der möglichen Missbräuche bei den Verwaltungsorganen. „Der politische Richter – der ein einzelner Mann ist – eine der Todesstrafe allerhöchst gleich geachtete Strafe von 50 Streichen, Aussetzung an die Schandbühne, Gefängnis und öffentlichen Arbeit in Eisen und Band, auch die Verbannung von einem Ort verhängen könne – ohne, dass der unglückliche politische Verbrecher das wohlthätige Mittel der Appellation ergreifen könnte.“ Dem Adeligen hingegen gebührt nach den Grundgesetzen des Landes unbezweifelt und unentbehrlich das subjektive Recht, gegen *jedes* Urteil zu appellieren. Die Tafel verurteilt die neue Verordnung in erster Linie deshalb, weil „die persönliche Sicherheit jedes einzelnen Bürgers das höchste Gut ist, das ihm in jeder Art Regierung gebühret, sie ist die Quelle und Ursache aller gesellschaftlichen Verbindungen, das höchste Gut eines Menschen, an welchen ihm mehr gelegen seyn muss, als an dem Glück und Reichtum.“ Der Institution des Einzelrichters ohne Appellationsmöglichkeit widersetzte sich die Septemviraltafel auch deshalb, weil Seine Majestät die in kleineren bürgerlichen Angelegenheiten Urteile fällenden Gerichtshöfe der Stuhlrichter und Vizegespanne (das sog.



forum pedaneum) abgeschafft hatte, damit „die Glücksumstände der Bürger nicht der Willkür einzelner Richter ausgesetzt werden sollten.“ Es gibt aber auch andere Argumente: die neue Gerichtsordnung schrieb im Interesse des Rechtsschutzes der Bürger und zur Verhinderung der richterlichen Willkür — die Zahl der Richter eines Senats vor und ordnet an, dass der im Strafprozess auf wenigstens 3 Jahre Freiheitsverlust, bzw. 50 Stockschläge verurteilte Adelige sich an die Septemviraltafel, der Nicht-Adelige sich an den Bezirksobergespan wenden kann „in via gratiae“, weil Euere Majestät diese Strafe einer Todesstrafe gleich achten. „Die 50 Stockschläge aber kann der Delinquent auch wegen Begehen eines Verwaltungsvergehens bekommen, weshalb kann er in diesem Falle dann nicht appellieren? Diese Verordnung steht in Widerspruch mit den anderen Verfügungen Seiner Majestät, ja sogar mit dem Geist der bisherigen strafrechtlichen Reformen und individuellen Akte. „Und eben diese väterliche Fürsorge lässt diese treuehorsaamste Hofstelle mit Zuversicht hoffen, dass Euere Majestät es nicht zugeben werden, dass ein Beamter — der kein förmliches Gericht formieren kann, der weder Zeit, noch hinlängliche Hilfsmittel zur Entscheidung einer Sache hat — so harte Strafen verhängen solle und also die Bürger des Staats einer willkürlichen Behandlung ausgesetzt werden.“<sup>31</sup>

Die Kanzlei unterbreitete dem Herrscher das Gutachten der Septemviraltafel betreffs des II. Teiles des Kodexes vorläufig nicht (sie musste die Stellungnahme des Siebenbürger Guberniums im gleichen Gegenstand abwarten), aber bald erschien (den besonderen Methoden des Josefinismus im zweiten Abschnitt entsprechend) eine prinzipielle Verordnung die die Appellation gegen Urteile, die bei Nicht-Adeligen wegen Verwaltungsvergehen verhängt worden waren, regelte. Ursprünglich wandte sich der Magistrat der Stadt Königsberg in Böhmen mit der Frage an die Vereinigte Hofstelle: nach welchen Regeln müsse bei der Appellation gegen Urteile, die bei Verwaltungsvergehen verhängt worden sind, verfahren werden? Auf Vorschlag der Hof-Compilations-Commission entschied Joseph II. und seine in Form eines Normale herausgegebene Verordnung brachte Graf Sinzendorf der Kanzlei „freundschaftlich zur Kenntnis“. Nach dieser freundschaftlichen Mitteilung musste die Resolution „zur unabweichlichen Richtschnur auch in Ungarn buchstäblich publiziert werden“.<sup>32</sup> Damit begannen nochmal die Probleme; laut Punkt 1 der für die österreichischen Erblande herausgegebenen und auch in Ungarn buchstäblich publizierten Normale mussten die Akten im Appellationsfalle der Landesstelle (in Ungarn der Statthalterei) unterbreitet werden, die Beurteilung der Appellation war ebenfalls Aufgabe dieses Dikasteriums. Nach gültigen Verordnungen in Ungarn konnte man hingegen die über Nicht-Adelige verhängten *Strafurteile* nur bis zu den Bezirksobergespannen Berufung „in via gratiae“ einlegen, der Obergespan konnte selbst ein Todesurteil abändern, da der Herrscher das Hoheitsrecht der Begnadigung (mit gewissen Einschränkungen) in den Strafsachen der Nicht-Adeligen ihnen übergeben hatte. So entstand die eigentümliche Lage, dass gegen schwerere Strafurteile nur bei niedrigeren Fora

Berufung eingelegt werden konnte als bei wegen geringeren Rechtsverletzungen (Verwaltungsvergehen) verhängten Strafen. Die Kanzlei hat die Bemerkungen der Statthalterei angenommen und hat in eigenem Wirkungskreis die Abänderung der „unabweichlichen Richtschmür“ angeordnet – damit konnte aber der Wirrwarr und die die Schreiberei vermehrende Hasterei, die Unsicherheit und die weitere Verminderung der – daraus entstehenden – Glaubwürdigkeit in der Leitung des Staates nicht mehr ungeschehen gemacht werden.<sup>33</sup>

## FUSSNOTEN

<sup>1</sup> Stanislaw Salmonowicz: Prawo karne oswieconego absolutyzmu (Torun, 1966, p. 234).

<sup>2</sup> „... sollte dies Gesetz für alle in der Habsburgischen Monarchie vereinten Länder gelten, jedoch liess sich das für Ungarn und seine Nebenländer sowie für Siebenbürgen nicht durchsetzen.“ Eberhard Schmidt: Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege (Göttingen, 1965<sup>3</sup>, p. 256).

<sup>3</sup> Siehe Ungarisches Landesarchiv – in weiterem *LA*, Ungarische Kanzlei, *Acta Generalia* – in weiterem *U. Kanz.*: 530/1787, 14. Januar).

<sup>4</sup> *LA – U. Kanz.*: 857/18. Jan. 1787. Herausgehoben von LH.

<sup>5</sup> *LA – U. Kanz.*: 4048/1787. Die Statthalterei, wie auch die Septemviraltafel erhielten von den deutsch- und lateinsprachigen Codices je 1400 Exemplare, während die Kanzlei für das siebenbürgische Gubernium 900–900 Exemplare expedierte. S. *LA*, *U. Kanz.*: 6542/1787.

<sup>6</sup> *LA – U. Kanz.*: 6019/19. Apr. 1789.

<sup>7</sup> Das erste staatliche Gefängnis wurde im Jahr 1772 auf einem Gute des damaligen ungarischen Hofkanzlers (Grafen Ferenc Eszterházy) im Komitat Pozsony in Szempe (Wartberg) errichtet. Das Gefängnis übersiedelte im Jahre 1780 in das Gebäude des Waisenhauses in Tallós, dann im Jahre 1785 nach Szeged. Die Errichtungs-, wie auch die zweimaligen Übersiedlungskosten betrugen 73 145 Forint (Gulden), die ganze jährliche Kriegsteuer eines ungarischen Komitates mit ungefähr 150 000 Einwohnern überschritt im allgemeinen nicht die 50 000 Gulden! und als Gegenwert dieser gewaltigen Ausgaben konnte das Zuchthaus im Jahre 1786 100 Männern und 50 Frauen-Verurteilten Platz bieten. S. *LA*, die aus den Wiener Archiven übergebenen Akten I. 50, No 1. Convolut F. 81–89 fol.

<sup>8</sup> *LA – U. Kanz.*: 6019/1789.

<sup>9</sup> *LA – U. Kanz.*: 7923/30. Mai 1788. Herausgehoben von LH.

<sup>10</sup> *LA – U. Kanz.*: 9812/9. Juni 1788.

<sup>11</sup> *LA – U. Kanz.*: 1541/10. Febr. 1787.

<sup>12</sup> *LA – U. Kanz.*: *Acta Praesidialia*: pos. 66/5. Mai 1788.

<sup>13</sup> *LA – U. Kanz.*: 6181/19. März 1786.

<sup>14</sup> *LA – U. Kanz.*: 4956/25. Apr. 1786.

<sup>15</sup> *LA*. Aus den Wiener Archiven übergebene Akten I/50, No. 1 Convolut D.

<sup>16</sup> Ebendort

<sup>17</sup> *LA – U. Kanz.*: 12807/25. Jul. 1785.

<sup>18</sup> *LA – U. Kanz.*: 3808/1786.

<sup>19</sup> *LA – U. Kanz.*: 13372/2. Okt. 1787.

<sup>20</sup> *LA – U. Kanz.*: 8828/25. Jun. 1787.

<sup>21</sup> *LA – U. Kanz.*: 2768/25. Febr. 1788. Herausgehoben von LH.

<sup>22</sup> *LA – U. Kanz.*: *Acta Praesidialia*: pos. 83/15. Jun. 1788.

<sup>23</sup> *LA – U. Kanz.*: 6664/29. Mai 1787.

<sup>24</sup> Die sich auf die ganze Angelegenheit beziehenden Stellungnahmen s. *LA – U. Kanz.*: 10948/24. Jul. 1788 und 12.244/30. Aug. 1788.

<sup>25</sup> S. Allgemeines Gesetz ... §. 13.

<sup>26</sup> *LA – U. Kanz.*: 9812/9. Juni 1788.

<sup>27</sup> *LA – U. Kanz.*: 7935/30. Mai 1788.



<sup>28</sup> S. Anmerkung No 26.<sup>29</sup> LA — U. Kanz.: 11793/11. Sept. 1787.<sup>30</sup> LA — U. Kanz.: 16734/6. Dez. 1787.<sup>31</sup> LA — U. Kanz.: 7935/30. Mai 1788.<sup>32</sup> LA — U. Kanz.: 10509/31. Juli 1788.<sup>33</sup> LA — U. Kanz.: 13153/19. Aug. 1788.

## LE CODE PÉNAL DE JOSEPH II EN HONGRIE (RÉSUMÉ)

Dans son étude l'auteur se demande avant tout s'il y avait, en Hongrie les conditions nécessaires pour faire entrer en vigueur le Code Pénal de Joseph II. Selon ses constatations ces conditions ne subsistaient pas. Il démontre, entre autres, que dans le pays il n'y avait pas assez de prisons dont l'ampleur et l'installation auraient été convenables, prisons que l'on ne réussissait pas à bien garder; ainsi la peine de prison tourne à son désavantage, ce qui s'explique par le fait que la détention défectueuse est due à l'entassement, aux «réductions des effectifs» infondées du souverain: les personnes condamnées à des peines de prison de durée relativement courte sont mortes d'épidémie, l'exécution de la peine n'a pas réussi à assurer — dans ces mauvaises conditions — ni la rééducation de l'individu, ni l'affermissement de la sécurité publique (il y avait excessivement beaucoup d'évasions). L'auteur soumet à l'analyse les fautes commises après l'entrée en vigueur du Code; il fallait immédiatement appliquer les dispositions du Code après sa promulgation (il n'y avait pas de possibilité de procéder à l'élucidation préalable des problèmes: indépendamment de la date de la perpétration par l'accusé de l'acte (et en négligeant le fait que son acte devait être éventuellement moins sévèrement puni), après sa promulgation la *Sanctio Criminalis Josephina* devait être appliquée dans tous les procès pénaux. L'auteur apprécie de la même façon comme faute législative entraînant de graves conséquences la disposition rigide qui n'a pas permis au juge d'apprécier librement les circonstances, il était tenu d'observer «littéralement» la loi. Par conséquent il fallait infliger l'emprisonnement lourd «à des masses» en cas de la perpétration des actes dont le poids était à plusieurs reprises relativement moins important (dans un des procès présenté 71 personnes ont été punies à l'emprisonnement d'au moins cinq ans pour le vol de 2 quintaux de laine). Enfin, l'auteur soumet à l'examen comment les garanties procédurales se sont réalisées dans le jugement des délits d'administration et quelles étaient les conséquences du manque de réglementation des attributions. L'étude fait parler dans toutes les questions importantes (soumises à l'examen) — en se référant à des sources contemporaines — le souverain, les hommes d'État hongrois prenant en considération les réalités (les dirigeants de la Chancellerie, ainsi que ceux de *Septemviraltafel*), présente les détails et les arguments des conflits des conceptions différentes.

## УГОЛОВНЫЙ КОДЕКС ИОСИФА II-ГО В ВЕНГРИИ (РЕЗЮМЕ)

В своей статье автор рассматривает прежде всего, существовали ли необходимые условия для вступления в силу Уголовного Кодекса Иосифа II-ого. По автору таких условий не было. Он, между прочим, указывает на то, что в стране не было тюрем, помешения и оборудование которых, были бы удобными и сохранение которых оказалось не возможным: так тюремное заключение пошло широкот — на выворот из-за неполного хранения, которое объясняется теснотой и „необоснованными сокращениями статусов” монарха: лица, осуждённые на относительно короткое лишение свободы умерли из-за эпидемии, однако исполнение приговора не обеспечило в таких условиях ни перевоспитывание лица, ни укрепление общественной безопасности (число бегств было очень огромно). Автор анализирует и ошибки, совершённые в ходе вступления в силу: распоряжения Кодекса были немедленно применены после его публикации (не было возможности предварительно выяснить проб-

лемы); независимо от того, когда подсудимый совершил преступление и упуская из виду, что такое действие было эвентуально мягче наказано во время его совершения (*Sanctio Criminalis Josephina*) была применена во всех уголовных делах после её промугляции. Таким же образом автор считает законодательной ошибкой, влекающей тяжёлые последствия, жёсткое распоряжение Кодекса, по которому судья не смог свободно взвешивать обстоятельства, он был обязан „буквально” соблюсти закон. Следовательно „множество людей” было не раз приговорено к тяжёлому тюремному наказанию и в случае совершения действий меньшей важности (в одном из судебных дел 71 лицо было, например, приговорено к тюремному наказанию не менее 5 лет за кражу 2 центнеров шерсти). В заключение автор „даёт слово” — ссылаясь на современные источники — во всех вопросах (рассмотренных им) монарху, венгерским государственным деятелям, принимающим во внимание реальности (руководителям канцелярии и также руководителям *Septemviraltafel*), представляет подробности и предметы конфликтов различных концепций.